

"Eine unverzichtbare Institution für die Verteidigungspolitik" in La Voix du Luxembourg (16. September 2003)

Legende: Am 15. September 2003 berichtet die Tageszeitung La Voix du Luxembourg über den Besuch des Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung der WEU, Marcel Glesener, in Luxemburg. Zu dem Zeitpunkt, da die Europäische Union ihre eigene Verteidigungspolitik gestalten will, setzt Glesener sich für das Überleben seiner Organisation ein.

Quelle: La Voix du Luxembourg. Réd. Chef Moyses, Laurent. 16.09.2003. Luxembourg: saint-paul luxembourg s.a. "Une institution indispensable à la politique de défense", auteur:Denninger, Jean-Marie , p. 6.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU
Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/eine_unverzichtbare_institution_fur_die_verteidigungspolitik_in_la_voix_du_luxembourg_16_september_2003-de-7d46de01-9c03-4014-8a99-face6331691f.html



Publication date: 05/07/2016

„Eine unverzichtbare Institution für die Verteidigungspolitik“

Jean-Marie Denninger

Der luxemburgische Abgeordnete Marcel Glesener ist gestern zu einem Besuch nach Luxemburg gereist. Dieser Satz kann überraschend erscheinen. Keineswegs. Als Präsident der Versammlung der Westeuropäischen Union hat er gemeinsam mit den verantwortlichen Politikern des Landes diese entscheidende Etappe im Leben der Institution in Erinnerung gerufen. Der Wille der Europäischen Union, ihre Verteidigungs- und Sicherheitspolitik zu stärken, zwingt besagte Versammlung dazu, sich neu zu definieren.

„Marcel Glesener hat es derzeit nicht leicht. Er muss um das Überleben der Institution kämpfen und gleichzeitig zu den Überlegungen zu zahlreichen Themen beitragen. Die Irakkrise und die Reaktionen der Öffentlichkeit zeigen, dass Europa einen demokratischen Meinungsbildungsprozess in Fragen der Verteidigung und der Sicherheit braucht. Die Aussage stammt vom Verteidigungsminister Charles Goerens nach Beendigung seines Treffens mit Marcel Glesener, dem Präsidenten der Versammlung der Westeuropäischen Union. Dieses Amt ist ihm wohlbekannt, da er es selbst zwischen 1987 und 1990 ausgeübt hat.

Es handelt sich um eine Versammlung, in der seit 1954 Parlamentarier aus 28 europäischen Ländern, die von ihren nationalen Parlamenten entsandt werden, Fragen der Sicherheit und Verteidigung zu erörtern. „Es ist klar, dass wir uns an einem entscheidenden Punkt befinden, um die künftige Rolle der Institution herauszuarbeiten“, erklärt Marcel Glesener, der sich gestern mit der Außenministerin Lydie Polfer, den Abgeordneten der Kommission für auswärtige und europäische Angelegenheiten sowie für Verteidigung traf, bevor er vom Großherzog empfangen wurde.

Zu einer Zeit, wo die Europäische Union ihre Organisation im Dienste einer wirklichen Verteidigungspolitik stärken will, stellen sich die Verantwortlichen dieser parlamentarischen Versammlung die Frage nach deren Existenzberechtigung und künftigen Arbeit.

Zehn-Punkte-Programm

„Natürlich kann es keine Verteidigungspolitik ohne parlamentarische Kontrolle geben. Es geht nicht an, dass das Europäische Parlament ausgeschlossen ist, aber es steht auch außer Frage, dass das Europäische Parlament das einzige Kontrollorgan ist“, betont Marcel Glesener. Als Organ, das sich aus Vertretern der nationalen Parlamente zusammensetzt, kann die Versammlung der Westeuropäischen Union problemlos an diesem Prozess teilnehmen. „Außerdem kann sie durch ihre Reflexions- und Dialogarbeit dazu beitragen, dass Europa endlich mit einer einzigen Stimme in diesen Fragen Stellung bezieht“, fährt der Präsident fort.

Diese Legitimation und dieser Beitrag sind umso wichtiger, als niemand oder fast niemand möchte, dass die Versammlung verschwindet. Durch die Unterzeichnung des Brüsseler Paktes, der die Institution ins Leben gerufen hat, ist Frankreich fest in einem europäischen Verteidigungsprozess verankert, was durch die NATO nicht unbedingt gewährleistet ist, da das Land dort einen besonderen Platz einnimmt.

All diese Gründe treiben Marcel Glesener und sein Team dazu, ein Zehn-Punkte-Programm für die Wahl bei der Tagung im Dezember auszuarbeiten. Neben dem Fortbestand der bestehenden Strukturen sieht dieses Programm außerdem Bemühungen vor, um neue Mitgliedstaaten zum Beitritt zu bewegen.

Die Parlamentarier der WEU haben auch vor, die Einbeziehung von Artikel 5 des Brüsseler Paktes in die Europäische Verfassung zu fordern, der lautet: „Sollte einer der Hohen Vertragsschließenden Teile das Ziel eines Angriffs in Europa werden, so werden ihm die anderen Hohen Vertragsschließenden Teile im Einklang mit den Bestimmungen des Artikels 51 der Satzung der Vereinten Nationen alle in ihrer Macht stehende militärische und sonstige Hilfe und Unterstützung leisten.“